

Bezugspreis:

Wortführer 20.- M. monatlich 2.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M., einjährig 100.- M. ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Wittwoch, den 23. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Das große Rätselraten.

Die Berliner Morgenpresse beschäftigt sich weiter mit der allmählich akut werdenden Frage der Regierungsbildung in Preußen. Hierbei beginnt die Stellungnahme der Sozialdemokratie in den Mittelpunkt der Beleuchtung zu treten.

Es ist eine schwere Belastung für den nationalen Gedanken, wenn seine Vertreter mit den Befolgsmännern Erzbergers, Scheidemanns in Regierungsgemeinschaft treten. Es gibt keine Befreiung aus der Verantwortung, die diese Männer mit ihren Parteien während des Krieges dem Vaterland zugefügt haben.

Neulich äußert sich die „Post“, die als das Ziel der künftigen Regierung die Ausschaltung des sozialdemokratischen Einflusses hervorhebt und die Notwendigkeit unterstreicht, dem „Ruck nach rechts“ dadurch Rechnung zu tragen, daß der sozialdemokratische Einfluß zum mindesten verringert werde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ lehnt es ab, sich zur Frage der Regierungsbildung im Sinne einer bestimmten Regierungskoalition zu äußern. Sie bezweifelt, ob die Deutschnationalen eine Beteiligung an einer preußischen Regierung, in der auf der anderen Seite die Sozialdemokraten sitzen, für besonders begehrenswert halten.

Ebenso aber ist die Reubesetzung des Kultusministeriums mit einem Manne notwendig, der die Pflege deutschen und christlichen Geistes in der Schule verbürgt. Soll aber etwa das Ministerium des Innern als das tragende politische Ministerium Preußens in den Händen eines Mannes bleiben, der bis heute noch die innere Gefahr für das preußische Staatswesen nicht von der Linken, sondern von der Rechten befürchtet?

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ des Herrn Sinnes, sucht natürlich der Sozialdemokratie das Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei so schmackhaft wie möglich zu machen. Während die Deutsche Volkspartei noch vor jeder Wahl ihren Anhängern die „Befreiung von den roten Ketten“ verspricht, zeigt sich auch jetzt wieder das veränderte Bild, und sie bemüht sich, die Zukunftsaussichten für die Sozialdemokratie in möglichst rosigen Farben zu malen.

Für die Sozialdemokratische Partei handelt es sich ja tatsächlich darum, ob sie durch eine Weigerung auch in Preußen von jedem positiven Einfluß auf die Politik und ebenso auf die Verwaltung ausgeschlossen werden will. Es wäre gerade bei der Vormachtstellung, die sie bisher in Preußen einnahm, für sie doch wohl eine etwas schmerzliche Empfindung, von vornherein darauf verzichten zu müssen, daß die Früchte reifen, zu denen sie während ihrer Tätigkeit als preußische Regierungspartei den Keim legte.

Der Widerspruch, der in dieser Auffassung gegenüber der von der Rechtspresse vertretenen Anschauung liegt, verdient hervorgehoben zu werden: Während die Reaktion das Zusammengehen von Deutscher Volkspartei und Sozialdemokratie deshalb für erwünscht ansieht, um den sozialdemokratischen Einfluß in Preußen zu brechen, sucht die Volkspartei die Sozialdemokratie durch den Hinweis zu gewinnen, daß ihr Einfluß hierdurch gestärkt würde.

Besonderes Interesse verdienen Ausführungen, die dem „Berliner Tageblatt“ angeblich von führenden Sozialdemokraten Preußens zugehen. Hier heißt es:

Ein Ja auf die Frage des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung wäre begrifflich, wenn die Wahlen in Preußen eine Niederlage der Regierungskoalition ergeben hätten und sich, wie heute im Reich, die alte preußische Regierungsmehrheit in eine Minderheit gewandelt hätte. Die Wahlen haben aber eine, wenn zwar auch nicht starke Mehrheit für die Regierungskoalition ergeben, die als durchaus arbeitsfähig angesehen werden kann.

Hierauf wird die Frage unter dem Gesichtspunkt der reinen Demokratie untersucht, und die Verfasser kommen zu der Feststellung, daß wir jetzt gegenüber dem Juni 1920 einer völlig neuen Situation gegenüberstehen.

Die Konsequenz des demokratischen Gedankens würde also, wenn man der Meinung ist, daß man jetzt im Reich die dortige Regierung nach den Ergebnissen der Wahlen des größten Bundesstaates korrigiert. In diesen Staat nun aber die Anforderung zu stellen, sich in einem Moment, wo seine Regierungskoalition sich gehalten hat, und wo gerade die Deutsche Volkspartei nicht gut behaupten kann, sich auf der aufsteigenden Linie zu befinden, an das inzwischen nachdrücklich korrigierte Wahlergebnis der Reichstagswahlen vom Juni anzupassen, — das wäre denn doch jeder inneren politischen Logik bar.

Es bedeute ein Uebereignungssopfer, wenn man die Sozialdemokratie auffordere, in der Reichsregierung zusammen mit der Deutschen Volkspartei zu arbeiten und sie zwingen wolle, die Volkspartei dazu zu veranlassen, am Ausbau der preußischen Verwaltung mitzuarbeiten.

Sozialisten und Demokraten, überhaupt die alte Regierungskoalition hatten nun aber in Preußen die Demokratisierung der Verwaltung des Landes mit dem größten und für das ganze Reich wichtigsten Beamtenapparat und seine Erfüllung mit republikanischem Geist auf dem organischen Wege der allmählichen Versäugung für ihre wichtigste Aufgabe, während die Deutsche Volkspartei sich mehr oder weniger offen als antirepublikanisch und monarchisch betennt. Zu derartigen Experimenten ist denn doch Preußen zu schade und zu wichtig. Wir müssen den Mut haben, zu verlangen, daß die preußische Regierung zuverlässig republikanisch ist, und ein Antagonismus zwischen dem Reich und Preußen in dieser Hinsicht nicht durch eine Korrektur nach der royalistischen, sondern nach der republikanischen Seite beseitigt wird.

Die Verfasser schließen mit den Worten: „Eine Republik ohne republikanische Verwaltung und ohne den sich in Taten umlebenden Willen, die Verwaltung zu demokratisieren ist ein Schemen, aber kein lebendiger, blutentfärbter Staatskörper. Diesen zu schaffen und zu erhalten, war und ist das Ziel der bisherigen Regierungskoalition in Preußen. Es dazu nicht kommen zu lassen, war bis heute das offen verkündete Ziel der Deutschen Volkspartei. Das sagt alles und sollte die einzige Antwort auf die Frage geben, die augenblicklich, sehr zur Unzeit, eine Reihe von Köpfen beschäftigt.“

Wir halten, wie hier mehrfach dargelegt ist, alle diese Erörterungen für überflüssig. Solange die Fraktionen nicht zusammengetreten und über die parlamentarische Lage klar geworden sind, hängen die Betrachtungen in der Presse völlig in der Luft.

„Reformismus“.

Es ist eine schwere Aufgabe, eine Niederlage einzugestehen. Deshalb haben wir ein tiefes Mitgefühl mit den Kollegen von der unabhängigen Presse, die nach dem 20. Februar die Aufgabe erfüllen sollen, ihren Lesern und der Welt begrifflich zu machen, daß die eigene Partei keinen inneren Zusammenbruch erlebt habe, sondern nur einen Wahlmiserfolg. Man hat in der unabhängigen Presse deshalb versucht, ein neues Schlagwort zu erfinden, mit dem man die Sozialdemokratische Partei in den Augen der Arbeiter gewissermaßen eitelkriterien und stigmatisieren will. Man spricht davon, daß der Wahlausfall eine „Stärkung der Reaktion und des Reformismus“ bedeute. Der Reformismus ist nach neuestem unabhängigen Sprachgebrauch die alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Es wird notwendig sein, darüber einige klare und unmißverständliche Worte zu sagen.

Als wir wenige Tage vor dem Wahltermin an dieser Stelle konstatierten, daß die U.S.P. müde geworden sei, hatten wir einen ganz unerwarteten Erfolg zu verzeichnen. Das Berliner Blatt der U.S.P. brachte am Sonnabendabend noch einen sehr heftigen Artikel, dem es die erregte Ueberschrift gab „Die Wasker herunter“. Wie nicht anders zu erwarten, versicherte das „unabhängige“ Organ, daß seine Partei keineswegs daran denke, müde und müde zu sein, daß sie in Sachsen bei den Gemeindevahlen schon starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatte, und daß deshalb die Aussichten die besten wären. Dagegen habe die Politik der alten Sozialdemokratischen Partei „außerordentlich viel zu der Enttäuschung der Massen an der sozialistischen Bewegung beigetragen. Wenn die rechtssozialistische Partei zahlenmäßig noch von einiger Einfluß ist, so nicht weil das Industrieproletariat Vertrauen zu ihr hat, sondern weil sie sich heute in erster Linie auf kleinstädtische Kreise, Beamte und Angestellte stützt.“

Das war am Sonnabendabend. Als am Montag die ersten Resultate vorlagen, da mußte man auch im unabhängigen Lager erkennen, daß sogar in der bisherigen unabhängigen Hochburg Berlin die Sozialdemokratische Partei wieder an der Spitze der sozialistischen Parteien marschierte, und daß sich in allen Teilen des Landes die Unverwundlichkeit der sozialdemokratischen Bewegung gegenüber den kommunistischen und unabhängigen Treiberreihen erwiesen hat. Die Unabhängigen trösteten sich nun, anstatt sich zu der klaren Erkenntnis ihrer Ueberlegenheit durchzuringen, damit, daß die Sozialdemokratie zwar einen Teil der bürgerlichen Wähler und nur einen geringen Teil der Arbeiterstimmen bekommen habe.

Diese Betrachtungsweise heißt nichts anderes, als sich Scheuklappen vor die Augen zu binden und sie mit marxistischen Verzerrungen zu verdrängen. In allen Industriezentren hat die Sozialdemokratie erhebliche Zunahme, vielfach die absolute Mehrheit gegenüber den beiden abgesplitterten Parteien. Wenn man behaupten will, daß diese über vier Millionen Wähler „kleinbürgerliche“ Schichten darstellen, so ist das eine wenn auch wenig glaubhafte Wahlausrede. Man weiß im unabhängigen Lager natürlich sehr genau, wo die Stärke der alten Partei zu suchen ist. Man kann oder will aber nicht soviel Ehrlichkeit aufbringen, zuzugestehen, daß die Sozialdemokratische Partei die stärkste unter den proletarischen Parteien ist, und ihre Stärke gerade in der treuen Anhängerschaft jener Industriearbeiterklasse liegt, die nicht wie ein Rohr im Winde hin und her schwankt, sondern an der alten Tradition der Partei festhalten.

In einem unbewachten Augenblick muß das sogar die „Freiheit“ zugeben, denn heute in ihrer Früh-Ausgabe, nachdem sie das ganze Wahlschlachtfeld überblicken kann, muß sie eingestehen:

Wenn nun auch die Rechtssozialisten ... viele bürgerliche Stimmen gewonnen haben, so haben sie doch andererseits auch sicher einen großen Teil der Wähler zu sich hinübergezogen, die im Juni 1920 für die U.S.P.D. stimmten. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um jene Schichten, die positive Arbeit sehen wollen und die durch den Kräfte, den die Moskauer Spaltungssanktionen in den Versammlungen inszenierten, abgestoßen wurden. Ein weiterer großer Teil der früheren Unabhängigen Wähler ist aber zweifellos ins Lager der Indifferenten gestochen.

Wir diesen Sätzen trifft das unabhängige Blatt des Pudels Kern. Es muß zugeben, daß diejenigen Kräfte, die positive Erfolge sehen wollen, zur Sozialdemokratie kommen, während die Schichten, die sich mit revolutionären Redensarten zufrieden geben, entweder bei der U.S.P. verbleiben oder zu den Kommunisten übergehen. Ein sehr großer Teil aber ist ins Lager der Indifferenten, der Teilnahmslosen zurückgekehrt, die nach den Worten der Arbeitermarkeillade den Feind bilden, den wir am tiefsten hassen sollten. Diese Verschiebung innerhalb des politisch regimenter Proletariats sollte man in keinem der sozialistischen Lager leicht nehmen, vielmehr ernst darüber nachdenken, wie dieser Indifferentismus behoben werden kann.

Daß die revolutionäre Phrasologie der Unabhängigen, hinter der keine positiven „revolutionären“ Taten stehen, diese Wählermassen nicht befriedigt hat, dafür legt ja ihr Fernbleiben von der Wahl das beredteste Zeugnis ab. Und wenn auf der anderen Seite diejenigen Schichten, die positive Arbeit und Erfolge sehen wollen, nicht zu irgendeiner der bürgerlichen, sondern zur Sozialdemokratischen Partei stoßen, so ist auch das eine Tatsache, die man nicht mit einigen Redewendungen leicht hin abtun kann.

Die U.S.P. gibt einheitlich im ganzen Lande die Parole aus, es handle sich um den Sieg des „Reformismus“, und will damit andeuten, daß der Reformismus etwas Berächtliches oder Minderwertiges sei. Tatsächlich handelt es sich hier nur um ein Wortspiel. Die Sozialdemokratie Bebels, Liebknechts, Singers, kurz die Partei, die bis zum Jahre 1914 einheitlich bestand, hat sich stets als eine revolutionäre Partei bezeichnet und hat in der Praxis doch die dauerhafteste und durchgreifendste Reformarbeit geleistet, die man sich denken kann. Gerade diese dauernde reformatorische Kleinarbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments, diese geistige Schulung der Arbeiterklasse in Verbindung mit der dauernden Stärkung ihrer sozialen Position hat ja viel mehr revolutionierend gewirkt, als irgendein kommunistischer Putsch oder ein unabhängiger revolutionärer Aufruf. Was in dem alten Obrigkeitsstaat an revolutionärer Reform oder reformistischer Revolutionsarbeit geleistet worden ist, steht in den Büchern der Geschichte. Was in der demokratischen Republik in dieser Beziehung noch zu leisten sein wird, ist Gegenstand der täglichen Erfahrung. Die Sozialdemokratische Partei, die ihren alten Grundsätzen und ihrer alten Taktik treu geblieben ist, sieht zu ihrer Befriedigung, daß sie auch nach wie vor auf die Treue ihrer Wähler zählen kann. Und wenn zu den alten Arbeiterschichten, die immer in der Sozialdemokratie ihre Vertretung erblickten, jetzt große Scharen aus den proletarischen Kreisen, der Angestellten und Beamten hinzugefügt sind, so ist das nicht ein Beweis für einen neumodischen „Reformismus“, sondern ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie in ihrer gewissenhaften Kleinarbeit das politische und wirtschaftliche Interesse dieser Schichten, wie früher so auch jetzt, am besten wahrnimmt. Die unabhängige Presse, die heute diese Schichten als „Kleinbürgerliche“ bezeichnet, vergißt ganz, daß sie selber diese Wähler am lebhaftesten umwirbt und daß in der unabhängigen Landtagsfraktion ein sehr erheblicher Prozentsatz der Gewählten gerade aus diesen angeblich kleinbürgerlichen Schichten stammt.

Die Unabhängige Partei, die den Mut ausgebracht hat, sich dem Moskauer Diktat zu entziehen, sollte auch den zweiten Schritt tun, den das Ergebnis der Wahlen ihr gebietet, nämlich sich mit beiden Füßen wieder auf den Boden der Demokratie stellen, wie sie es im Gewerkschaftswesen ja heute schon getan hat. Sie wird dadurch so wenig „reformistisch“ werden, wie es die alte Sozialdemokratie wurde. Sie würde nur praktisch arbeiten für die Interessen des Proletariats in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratischen Partei, auch wenn sie das neueste Schlagwort vom „Reformismus“ aufgeben müßte.

Hermes über die Ernährungslage.

München, 23. Februar. (II.) Auf Einladung der Pressestelle des Ministeriums des Inneren fand gestern mittag im Landwirtschaftsministerium eine Pressekonferenz statt. Dabei äußerte sich Reichsernährungsminister Dr. Hermes über den derzeitigen Stand der Ernährungslage u. a.:

Wenn sich auch die Ernährungslage im letzten Jahre etwas entspannt hat, so ist sie durchaus noch nicht als befriedigend anzusehen. Entscheidend für die nächste Zukunft wird auch für sie der Ausgang der Londoner Konferenz sein. Die Versorgung habe sich im letzten Wirtschaftsjahre etwas günstiger gestaltet. In bezug auf den Preisabbau würde man die Preisentwicklung nicht künstlich leiten, sondern müsse mehr Waren schaffen, durch vermehrte inländische Erzeugung und zweitens durch Herbeischaffung ausländischer Lebensmittel. Das durch den freien Handel bedingte große Angebot von Waren habe wesentlich die

Preise gedrückt. (?? Die Red.) Hermes hofft auf die Einsicht der Alliierten, die sich schließlich Zahlen und Berichten von Unparteiischen über unseren wirtschaftlichen Zustand nicht verschließen werden.

Die große Einfuhr ausländischer Lebensmittel bedeutet natürlich eine ungeheure finanzielle Belastung, die auch nur als vorübergehender Zustand anzusehen ist. Der Bedarf unserer Landwirtschaft an künstlichem Dünger sei allerdings noch nicht gedeckt. Sie findet aber wesentliche Erleichterung durch unsere Stickstoffindustrie, die jährlich 60 000 Tonnen mehr produziert als im Jahre 1913. Mit Dankworten für die sachlichen Vorbereitungen zur Konferenz schloß der Minister seine Ausführungen.

Aufgehobene Immunität.

Stuttgart, 23. Februar. (II.) Der Landtag hatte sich nochmals mit der Frage der Aufhebung der Immunität des bauernbändlerischen (deutschnationalen) Abgeordneten Rapp, gegen den ein Strafverfahren wegen Betrugs eingeleitet ist, zu beschäftigen. Abgeordneter Bazille (deutschnational) teilte mit, daß Rapp in einer Unterredung behauptet habe, das Geld verloren zu haben, das ihm von einer Firma zum Ankauf von Heu und Stroh angewiesen worden sei und daß er ungeachtet der Bestimmung, es nur unter Vorweisung der Frachttulunde zu erheben, abgehoben hatte. Er habe versucht, durch Verkauf oder Verpfändung des seinen Schwiegereltern gehörigen Anwesens sich Geld zu verschaffen und hoffe, in Bälde seine Gläubiger befriedigen zu können. Es könne sich nur um die Freigabe der Untersuchung, nicht um eine Verhaftung handeln. Abgeordneter Keil (Sozialdemokrat) betonte, daß gegen Rapp in der Öffentlichkeit neue Beschuldigungen erhoben worden seien. Nach kurzer Debatte genehmigte das Haus gegen die Stimmen der Kommunisten die Aufhebung der Immunität.

Reichswirtschaftsrat.

11. Sitzung, Mittwoch, 23. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerisch Schatz. — Vorsitzender Edler v. Braun macht Mitteilung von einem Schreiben des Reichspräsidenten an den Reichswirtschaftsrat anlässlich des Todes von Legien. In dem Schreiben wird das warme und lebendige Interesse, das der Dahingegangene für die tatkräftige Mitarbeit beim Wiederaufbau des Vaterlandes gezeigt hat, hervorgehoben. (Die Anwesenden haben sich von den Plätzen erhoben.) Sie bekunden durch ihr Erheben ihre Anteilnahme für das Hinscheiden dieses geraden und aufrichtigen Mannes, der als Führer der Gewerkschaftsbewegung bis weit über die Grenzen Deutschlands hinaus einen geachteten Namen erworben hat und auch bei seinen politischen Gegnern in hohem Ansehen stand. Wie empfinden es als einen schweren Verlust, daß ein vorzeitiger Tod ihn so früh abberufen hat. Ein ehrendes Andenken wird ihm sicher sein. — Hierauf verliest der Schriftführer die Liste der neu in den Reichswirtschaftsrat eingetretenen Mitglieder. An Stelle von Legien ist Theodor Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, eingetreten. — Darauf wird die Erstkommunikation des ersten stellvertretenden Vorsitzenden vorgenommen. Bischoff schlägt im Namen der Arbeitnehmer Adolf Cohen vor: Von 224 abgegebenen gültigen Stimmen entfallen auf Cohen 183, auf Dr. Thibaut 2, je 1 auf Bischoff, Dr. Scheffler, Reuß und Leipart, 33 Stimmzettel sind unbeschrieben. Cohen ist somit gewählt. — Adolf Cohen nimmt die Wahl dankend an und bittet den Vorsitzenden Edler v. Braun, das Amt eines ersten Vorsitzenden auch für die diesmalige Plenarsitzung weiter fortführen zu wollen.

Sonnenseldsche Bestechungsversuche.

Zu den schweren Vorwürfen, die der Knochenkate Sonnenseld gegen ihn bei seiner Vernehmung erhoben hat, schreibt uns Privatdozent Dr. Leopold Bürger:

Sonnenseld lag wegen Rückenmarkschwindelsucht in dem sehr schönen, wie jedes andere Krankenhaus eingerichteten Krankenhaus des Untersuchungsgefängnisses, das ganz besonders zur Behandlung Rückenmarkskranker ausreicht. Er wollte offenbar auf alle Fälle der Strafe entgehen und wollte seine Haftunfähigkeit durchsetzen. Sofort als er in meine Behandlung kam, besuchte mich seine Frau und bot mir, nachdem sie eine Minute mit mir gesprochen hatte, mehrere hundert Mark an. Sie bat mich außerdem, ihren Mann täglich zu besuchen und

dafür 50 M. zu liquidieren. Da ich auf diese Bestechungsversuche, anders kann ich es nicht nennen, nicht einging, sah Sonnenseld, daß mit mir nichts zu machen sei. Um mich nun als Sachverständigen mit Erfolg ablehnen zu können, erhebt er die schwersten Beschuldigungen gegen mich, die sämtlich erlogen sind. Solange ich das Krankenhaus des Untersuchungsgefängnisses leite, hat sich überhaupt nicht ein Gefangener aufgehängt (Sonnenseld hatte von drei Fällen gesprochen, Red. d. B.), nämlich der Rechtsanwalt Kallenbach. Bei der schweren Strafe, die er zu erwarten hatte, war der Selbstmord durchaus erklärlich, und tatsächlich war K. auch geistig völlig normal, wenn er auch Selbstmord zu simulieren versuchte. Gestorben ist im Krankenhaus von meinen Patienten bis jetzt nur ein schwer herzkranker mit Bauchwassersucht und ein Kranker mit schwerer Eiterung am Mastdarm, der jede Operation ablehnte.

Die bisherige Verhandlung hat ja nun schon zur Genüge gezeigt, daß Sonnenseld ein Mann ist, der bedenkenlos die schwersten Beschuldigungen gegen jeden erhebt, der nicht zu seinen Gunsten ausfragt oder handelt. Der Bestechungsversuch gegen Dr. Bürger paßt aber herrlich zu dem Porträt eines Vorkämpfers gegen „die korrupte sozialdemokratische Mißwirtschaft“. Vielleicht interessiert sich der Staatsanwalt auch für diese Sache.

Preußenministerium und Wahlausfall.

Das Preussische Staatsministerium tritt, wie die B.P.R. hören, am Donnerstag zu einer Sitzung zusammen, um zu dem Ausfall der preussischen Wahlen und der hierdurch geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Das amtliche Wahlergebnis wird bis dahin vorliegen.

Ergebnisse der Kreistagswahl.

Im Kreise Teltow haben bei der Kreistagswahl die linksstehenden Parteien gesiegt. Es erhielten: Sozialdemokraten 14 329, Unabhängige 10 149, Kommunisten 3427 Stimmen. Auf die Liste der Freien unpolitischen Vereinigung (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) entfielen 20 641 Stimmen, die Demokraten erhielten 3187 und die Wirtschaftspartei 1346 Stimmen. Danach entfielen auf die Sozialdemokraten 9, auf die Unabhängigen 6, die Kommunisten 2, auf den Bürgerblock 11 und auf die Demokraten 2 Mandate.

Dagegen haben im Kreise Beeskow die Kreistagswahlen mit einer bürgerlichen Mehrheit geadelt. Die Sozialdemokraten erhielten 7, die Unabhängigen 3 und die Kommunisten 1 Mandat. Auf die Freie unpolitische Vereinigung (Dnat. und D. V.) entfielen 10 Sitze, auf die Demokraten 2 und auf die Wirtschaftspartei 1 Mandat.

Die Wahlen zum Provinziallandtag ergaben im Kreise Beeskow für die Sozialdemokraten 6307, die Unabhängigen 2707, die Kommunisten 1101 Stimmen. Die Listen der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei wiesen 8843, die der Demokraten 2011 Stimmen auf. Die Wirtschaftspartei brachte es auf 1310 Stimmen.

Die Erledigung Cupens und Malmédys.

Paris, 23. Februar. (II.) In seiner Vormittagsitzung hat der Rat des Völkerbund es gestern einen Brief redigiert, durch den der deutschen Regierung auf ihre Note bezüglich Cupens und Malmédys geantwortet werden soll. Die Antwort erinnert daran, daß der Rat bereits früher anerkannt habe, daß infolge des Ausfalls der Abstimmung das Gebiet definitiv Belgien zugesprochen sei. . . .

Zur Verlegung des Zentralnachwelsamts teilt eine offizielle Notiz der „B. V. N.“ mit, daß im Hause Dortheenstraße 48 auch nach Entfernung der Heeresbücherei für das Amt kein Platz sein würde. Vielmehr würde ein Raumbedarf von 2000 Quadratmetern ungedeckt bleiben. — Selbst wenn das zureichten sollte, erscheint uns eine Teilung immer noch besser, als eine Hinausverlegung nach Spandau. Es gibt immerhin mehr Leute, die das Zentralnachwelsamt in Anspruch nehmen müssen, als eine Heeresbücherei. Mögen die Interessenten der letzteren nach Spandau hinauspißern.

„Leichte Ware.“

Skizze von Hans Schneider.

Es ist an einem Sonntagmorgen im Januar. Heiteres Frostwetter, die Feldwege steinhart, Rauhreif in den Weiden am Fluß und auf den Stoppeln der abgestorbenen Felder; Rauhreif auf Gartenzäunen, in Hecken und auf den graugelben dürren Grashalmen des Wegrandes. Rauhreif auch auf den kleinen Eisstufen, die langsam flussabwärts dahingleiten.

Schon ist's heute: Sonnenschein von der blankblauen Eisglocke des Himmels, lange Schatten auf harten holperigen Wegspuren und Abhängen; und kalt ist's, aber klar kalt, eine Kälte, die Eigenwärme todt.

Wankelkragen hoch, und frisch hinaus in die schöne Winterwelt, und Kaufswärme! Alles gleich, glühert; der Atem dampft.

Herne Hügel liegen in silbernem Eisnabelfuß; und hier in den Weiden piepsen die munteren Reifen, klettern, flattern, hängen kopfunten an dünnen Ruten, piden in die zerfallene rauhe Kinde.

Da, von weiter oberhalb, wo die kalten Niefenpappeln stehen, klingt freudig das Rauschen des Wehrs durch die frische Kälte der Luft, lauter, deutlicher, froher als sonst. So als wolle das stürzende Wasser voll sprühender Lebenskraft der Sonne seinen schaumweiß hinabschießenden Leib, seine pantherhaft unbändige Schönheit zeigen.

Da, gleich oberhalb des Wassersturzes, steht ein Halbdugend Leute im Sonntagstaat. Die sehen zwei Männern zu, die hemärmelig in einem Kahn sitzen, den sie hin und her treiben, und dabei lange trübende Stangen mit blanken Eisenhaken ins Wasser stoßen.

Unter den paar Beuten schwirrt eine gedämpfte Unterhaltung. Dabei würdige, fast tragische Gesichter, hinter denen doch eine Neugier lauert, — gespannt, lustern, eine Stillschauerneugier geradezu.

Der junge Mann — wenn's jemanden interessiert: er ist Stadtschreiber, sehr blond, sehr blauäugig — er erzählt gerade zum achtentmal:

„Ich fragte die beiden Mädels noch: Na, fragt ich, ihr wollt doch kein kaltes Bad nehmen?“

„Ree nee! lachten die beiden ganz lustig.“

Und wie ich da hinten über die Brücke ging, sah ich mich nochmal zufällig um, und da sah ich sie nicht mehr.“

„Na, denk ich, sollte da was passiert sein? und ich geh um. Und da waren die Weiden nicht mehr da, und da lagen bloß noch die beiden Hüte bei dem Baum. Da holt ich den Schleusenwärter.“

Alle starren frostig die beiden großen einfachen Samthüte an, der eine weiß, der andere dunkelgrün, die da auf dem dürren frostgrauen Gras liegen, sorgfältig nebeneinander gelegt.

Es geht etwas aus von den leeren Hüten, das sich wie ein unheimlicher kalter Schatten über einen kleinen Kreis legt.

„Ja“, sagt ein kurzer rundlicher Herr mit Klemmer, dickem schwarzen Schnurrbartchen und sauber poliertem blauen Kinn, — „ja, das tun Mädchen immer so, wenn sie ins Wasser gehen; die nehmen nie den Hut mit rein. Das ist so, als wenn . . .“

„Über weshalb sind die denn ins Wasser gegangen?“ fragt ein älteres spitzes Fräulein in sehr langem schwarzen Rock (sie hat eine Stimme, von der die Milch sauer wird) — „die haben doch sicher allerhand . . .“

„Da natürlich haben die allerhand Dummdeliten gemacht!“ mirft nun ein würdevoller Herr dazwischen, der bisher geschwiegen hatte, und sein Gesicht glänzt trotz moralischer Entrüstung vor Zufriedenheit — mit seiner eigenen wohlachtbaren Bürgerugend (er ist zehnfacher Hausbesitzer). „Weshalb gehen so Mädchen sich auch mit den Soldaten ab?“

Alles schweigt respektvoll. Nur der sehr blonde Schreiberjüngling nickt — und seine Worte schmecken nach Grünspan, nach Reib: „Na ja, die Reuseländer waren ja auch ganz hübsche stramme Kerle!“

Eine kleine Frau mit abgeforgtem Gesicht zieht fröstelnd ihre etwas zerkerbte schwarze Samtjacke um die mageren Schultern.

„Die armen Mädchen“, — seufzt sie und schüttelt sich — „bei der schrecklichen Kälte ins Wasser! — Ree nee, was müssen die ausgestanden haben, bis die so was tun konnten!“

Der würdige Philister tut's mit einer Handbewegung ab: „Ach Gott ja, was will man machen“, sagt er und hebt die Schultern, „s'war eben mal leichte Ware.“

Drei Monate später, — es war eigentlich etwas früh für die Jahreszeit, — muhten seine beiden Töchter plötzlich verreisen. . . . Sie gingen in die Sommerfrische — — — und nicht ins Wasser. . . .

Ende des Münchener Hofbräuhauses? Das Münchener Hofbräuhaus ist in Gefahr. Seit einiger Zeit durchschwimmen bedrückende Gerüchte von einer bevorstehenden Fusion des Hofbräuhauses mit der Pilsenerbrauerei die Stadt. Vom Betriebsrat des Hofbräuhauses wird zugegeben, daß tatsächlich Fusionsbestrebungen im Gange seien, ohne daß hierfür bestimmte Gründe vorhanden wären, denn das Hofbräuhaus habe im vergangenen Jahre sehr günstig abgeschlossen. Im Voranschlag des Hofbräuhauses für 1920 stehen den Einnahmen von 5 143 320 M. Ausgaben von 4 770 700 M. gegenüber. Die Reineinnahme beträgt also nur 372 620 M. Der bayerische Landtag will sich demnächst mit der Münchener Hofbräuhausfrage eingehend beschäftigen. Die Münchener sind jedenfalls um das Schicksal ihres Hofbräuhauses sehr besorgt. Mit dem Uebergang des Hofbräuhauses in den Besitz des Privatkapitals würde das Unternehmen auch seinen Einfluß auf Preis und Qualität des Bieres einbüßen.

Eine Schieber-Komödie. Aus Düsseldorf wird geschrieben: Hans Müller-Schiffner, dessen Komödie „Schneider Bibbel“ den Weg über fast alle deutschen Bühnen gemacht hat, lieh eine unwahrscheinliche Schieber-Komödie in drei Akten: „Der Rangierbahnhof oder: Der große Schlag“ vom Düsseldorf-Schauspielhaus uraufführen und erzielte dabei einen durchschlagenden Erfolg. Der Titel verrät den Inhalt nur zum Teil. Es wird zwar ein Bahnhof geschrieben, auf dem vom Stationsvorsteher bis zum Heizer und Wemler alles schiedt, der Effekt aber dabei ist, daß der Herr Eisenbahnminister fast diesen Bahnhof Ruinsstücken inskribieren will. Da er im voraus außerordentliche Mittel zur Aufhebung von Durchschieberreien zur Verfügung gestellt hat, steht der Herr Obersteher und Stationsvorsteher einen biederen Bürger und ehrlichen Raummann, der natürlich bankrott ist, als Schieberkommissar auf dem Bahnhof an. Dieser aber selbst durch einen eluzigen großen Schlag sich aus allen Nöten und seiner Tochter den Mann zu retten. Er läßt sich mit dem panzen Schieberklingel ein und bekommt den Auftrag, den dritten Wagen von vorn auf ein totes Gleis zu verschieben. Unglücklicherweise erwacht er den dritten von hinten, und das ist der Schlafwagen des Herrn Minister. Dieser tritt als Rächer unter die Botte und schlägt Ordnung, indem er den biederen Bürger zum oberen Beamten im Reichsbahn befördert. Man sieht: Müller-Schiffner läßt gerade einmal unerade und ungerade einmal gerade sein und hatte damit die Lächer auf seiner Seite. Nur in der Figur des biederen Bürgers hat sein niederrheinisches Herz mitleidig geschrieben. ha.

Tote. Die reden. Bei dem neuen Mordmord in Berlin wurde von der Untersuchungskommission die Tatsache hervorgehoben, daß die Erschlagene in einer Stellung mit stehend erhobenen Armen gefunden wurde, die darauf schließen ließ, daß sie den Mörder um Erbarmen gebeten hatte. Man sieht aus diesem Einzelzug, daß auch Tote noch „reden“ können, und in der Tat ribt die Lage, in der der Leichnam gefunden wird, häufig die wichtigsten Anhaltspunkte für die Art des Todes und die Verhältnisse, die sich dabei abspielten. So kann z. B. der erfahrene Gerichtsarzt daraus schließen, ob in zweifelhaften Fällen ein Mord oder ein Selbstmord vorliegt. Nach dem Tode gerät ja der Körper in die Leichenarre, und die Glieder verherrnen in der letzten Stellung, die der Ermordete einnahm, bevor das Leben entfiel. In Fällen eines plötzlichen und gewaltsamen Todes ist diese Erscheinung besonders ausgeprägt. Messer und Revolver werden häufig in der Hand von Selbstmördern gefunden, und diese Waffen sind von den Fingern so fest umklammert, daß man es fast für unmöglich halten möchte, wenn man nicht wüßte, daß die Leichenarre eine sehr betrübliche Zeit anhalten kann. Bei Ertrunkenen findet man häufig, wenn die Leiche aus dem Wasser gezogen wird, daß Stücke von Tau, Fuchsschwanz oder andere Dinge mit der Hand fest umklammert sind. Das ist einer der wichtigsten Beweise in der Gerichtsmedizin für die Tatsache, daß der Betreffende noch lebend ins Wasser kam, also daß nicht etwa der ermordete Leichnam hineingeworfen wurde. Verschiedentlich ist es schon vorgekommen, daß man winzige Stücker Stoff, Knöpfe usw. in der festgeschlossenen Hand des Toten fand und daß diese Gegenstände dazu führten, den Mörder zu entdecken. Das

Weltherrschern.

Paris, 23. Februar. (E.) Der geistige Versuch, den Vertreter Emile Faillais zur Londoner Konferenz zu veranlassen, erregt in einem großen Teile der Pariser Presse scharfen Widerspruch. Lloyd George hat dem „Echo de Paris“ zufolge erklärt, daß man den Sohn des Emirs von Hochas anhören müsse, da man den Briganten von Ungarn Zutritt zur Konferenz gewährt habe. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Lloyd George und Deland, wobei dieser seinem Unmut über die Haltung Lloyd Georges Ausdruck gab.

Andererseits soll Lloyd George Briand zum Wochenende auf sein Landgut eingeladen haben. Dort, in der Laube, kann so die Sache auf Deutschlands gebeugtem Rücken durch einen wallonisch und süßfranzösisch humorvollen Tanz ausgetragen werden. . .

Bulgarien verlangt Teilnahme.

London, 23. Februar. (Reuter.) Amtliche Telegramme aus Sofia berichten, daß Ende der vergangenen Woche in ganz Bulgarien große öffentliche Versammlungen einmündig die Zulassung Bulgariens zur Londoner Orientkonferenz verlangten. Die ganze bulgarische Presse erklärt einmündig, Bulgarien habe Westtrazien den Alliierten abgetreten, und dadurch, daß diese Provinz den griechischen Besitzern ausgeliefert worden sei, den freien Auszug zum Meere verloren. Die in Bulgarien augenblicklich befindlichen obdachlosen notleidenden 200 000 Flüchtlinge aus Ost- und Westtrazien fordern das Recht der Abstammung und daß ihre Heimatstätten unter den Schutz des Völkerbundes oder der Großmächte gestellt werden.

Amerika trumpft auf.

Washington, 23. Februar. (E.) In der Kabelfrage hat Frankreich völlig nachgegeben und restlos den amerikanischen Standpunkt angenommen. Auch England stimmte zu, daß das Kabel von Brest den Vereinigten Staaten überlassen werde. Frankreich mußte sich zu dem jugendlichen bequemen, da Amerika energisch erklärt hatte, daß es solche Maßnahmen ergreifen würde, die den Interessen der Vereinigten Staaten schädlich seien, falls vor dem 15. März nicht die endgültige Entscheidung getroffen worden sei. Unterstaatssekretär Davis hatte sogar erklären lassen, daß sich die Vereinigten Staaten das Recht vorbehalten, das Brest-Kabel abzuschneiden und es für dauernd gebrauchsunfähig zu machen, wenn dem amerikanischen Standpunkt nicht Rechnung getragen würde.

Hardings Kabinett gebildet.

Washington, 23. Februar. (E.) Zum Staatssekretär wurde Charles Hughes ernannt. Er war früher Gouverneur von New York und Mitglied des obersten Bundesgerichtes. In das Kabinett tritt auch als Staatssekretär Andrew Williams Mellone ein. Er war ehemals Bankier und Assoziiert der Firma Henri Fried. Weitere Mitglieder der neuen Regierung sind George Wood Win-gate als Staatssekretär des Krieges, ehemaliger Woodrat und Bauunternehmer bei der Brooklyn Eisenbahn, Harry Daugherty als Attorney General, ehemals Mitglied des amerikanischen Friedenskomitees, Hubert Hall als Staatssekretär für Inneres, früherer Senator, Williams Hayes als Postminister General, früherer Staatssekretär unter dem Präsidenten Taft, Edwin Denby als Marinestaatssekretär, früherer Mitglied des Repräsentantenhauses, Henry Wallace als Staatssekretär für Ackerbau, Herbert Hoover als Staatssekretär für Handel und James Cag Davis als Staatssekretär für Arbeit.

Einsetzung der Rekrutierung.

Washington, 23. Februar. (E.) Der Staatssekretär für Krieg, Baker, ordnete die Unterbrechung jeder Rekrutierung in Amerika an und schloß alle Rekrutierungsgepots. Der Befehl erging in Uebereinstimmung mit beiden Häusern des Kongresses entgegen dem Veto Wilsons.

Freigelegte deutscher Vermögen in Italien. Der Handelsminister hat die Verflechten ermächtigt, die kleinen deutschen Vermögen im gegenwärtigen Werte von circa 10 000 Lire freizugeben.

Opfer hatte hier also wirklich noch im Lode „geredet“ und das fürchterliche Geheimnis seines Sterbens offenbart. Wenn feststeht, daß ein Teiler eine Waise sei, unklammert hält, so kann man annehmen, daß sich ein Mord vorfindet, denn die Verleumdung, eine Waise so fest in die Hand eines Toten zu drücken, daß er sie unklammert, sind stets verneinlich. Die Hand des Toten kann auch ganz ostentative Dinge unklammern, die wertvolle Aufschlüsse geben. So lassen sich auf dem Gebiet der Kriminalstatistik gar viele Tote anföhren, die „geredet“ haben.

Haben die alten Römer geraucht? Es ist uns nicht gut möglich, uns einen Cicero oder Augustus mit der Tabakpfeife im Munde vorzustellen, und doch scheint es, wie die „Umschau“ berichtet, nach den neuesten Funden und Ausgrabungen kaum zweifelhaft, daß auch den alten Römern das Rauchen bekannt war. Sie benutzten ein kurzes Pfeifenrohr aus Ton oder Metall, in dem ein hölz. oder Schilfrohr steckte. — Aber was rauchten sie, als man noch nichts vom Tabak wußte? Schon griechische Autoren berichten vom Rauchen von Kestern, Kestern, Kestern und anderer barbarischer Wälder, und es liegt die Annahme nahe, borbarrische Soldaten in römischen Diensten hätten den Rauchgenuss gepflegt und weiter verbreitet. Am wahrscheinlichsten ist wohl die Ansicht, daß sie ursprünglich zu sanitären Zwecken den Rauch gewisser Pflanzen einatmeten, dann aber am Genuß eremaisch-nordafrikanischer Kräuter Gefallen fanden und nun zum Vermögen rauchten. Der allmähliche Verbreitung stand wohl nur der Mangel an rauchbaren Kräutern im Wege, der erst gebannt wurde, als der Tabak nach Europa kam.

Ein neue türkische Hauptstadt. Die türkischen Nationalisten, die von Mustafa Kemal geführt werden und sich in Kleinasien festgesetzt haben, beschließen, eine neue Hauptstadt des Türkentums ins Leben zu rufen, die eine rivalisierende Konstantinopel werden soll. Sie haben als Ort ihrer Regierung Angora ausersehen und machen die größten Anstrengungen, dieses schmutzige Dorf zu einer schönen Stadt umzugestalten. Die Pläne, die von einem ungarischen Architekten ausgearbeitet sind, und zum Vorbild Budapest nehmen, sind nun dem Nationalistenparlament genehmigt worden. Ein Nationaltheater und eine Universität sollen errichtet werden, und ebenso wird eine öffentliche Bibliothek mit Leserstuben und ein großes Versammlungshaus errichtet.

Paul Friedr. Schöber, ein leuchtender Dramatiker, ist in Eisenach gestorben. Er hat größtenteils literarische Dramen verfaßt, von denen die meisten in einem schmerzlichen und modernen Stoffe behandelt. Zwei bedeutendste Fragmente, „Schöber“ und „Kaiser“, hat er verfaßt. Der „Schöber“ wird voraussichtlich diesen Sommer in Berlin gespielt werden.

Italienische Kunst soll demnächst in Berliner Kronprinzenpalast angedeutet werden. Es ist der Künstler, der sich um die neue italienische Kunstschule „Valeri“ gruppiert: vor allem Carlo Carrà, Giorgio de Chirico, Amedeo Modigliani. Im Ausblick soll eine deutsche Kunstausstellung in Italien sein.

Stadttheater. Die Kugelhager Schöbermatt hat mit Rücksicht auf die heftig wachsenden Bedürfnisse des Theaters und Operntheaters, für die nächste Spielzeit sein eigenes Schauspielensemble mehr zu engagieren. — Da der Reibstiel des Kugelhager Schauspielbundes für die Spielzeit 1921/22 etwa 150 000 Mark betragen dürfte, trägt sich die Stadtverwaltung mit dem Gedanken, den Theaterbetrieb einzustellen.

Georgiens Verteidigungskampf.

Eine Haasmeldung über die Einnahme von Tiflis durch Sowjettruppen war uns von wohlinformierter Seite am gestrigen Dienstag als erfunden bezeichnet und daher von uns nicht veröffentlicht worden. Inzwischen entwirft dieselbe Haasagentur ein für Georgien viel günstigeres Bild durch folgende Konstantinopeler Meldung: Es bestätigt sich die Nachricht von einer Revolution der armenischen Nationalisten gegen die Sowjetregierung in Erivan. Die Truppen von Georgien haben die Offensive gegen die armenischen Bolschewisten südlich von Tiflis ergriffen und einen Sieg davongetragen. Die Lage in Georgien bessert sich. Die Russen haben der Mobilisierungsbefehle Folge geleistet, und die Verteidigung der Hauptstadt scheint sichergestellt zu sein.

Paris, 23. Februar. (E.) „Daily Express“ meldet aus Konstantinopel, daß die bolschewistischen Truppen, die in Georgien eingefallen waren, eine entscheidende Niederlage erlitten haben und Tiflis räumen mußten. In Erivan wurde eine provisorische antibolschewistische Regierung gebildet. Die alliierten Missionen waren nach Batum gestücht, wohin ein Kriegsschiff aus Konstantinopel geschickt wurde, um sie in Sicherheit zu bringen.

Perferputisch.

Paris, 23. Februar. Nach „Echo de Paris“ soll der persische General Reza Khan von Kofwin an der Spitze von 2500 Kosaken in der Nacht vom 20. zum 21. Februar vor Teheran angekommen sein, dessen er sich ohne Kampf bemächtigt habe. Er habe die Regierung gestürzt und sich aller Verwaltungen bemächtigt. Es dann sei er in „Verhandlungen“ mit dem Schah eingetreten.

Frauen - Genossinnen!

Die Zeiten, in denen die Frauen entrechtet abseits des politischen Lebens stehen mußten, sind vorüber. Die Frauen sind heutzutage gleichberechtigt, sind aber damit auch gleich verpflichtet zur Mitarbeit

im öffentlichen Leben. Wieder werden in den nächsten Tagen unsere Junks und Oeffnen von Haus zu Haus gehen, um neue Abonnenten für den „Vorwärts“ und neue Mitglieder für die Parteiorganisation zu werben. Da dürfen unsere Leserinnen des „Vorwärts“ nicht die Hände im Schoße halten, sondern sie müssen sich fleißig an dieser

Agitationsarbeit beteiligen.

Gerade die Frauen können bei dieser Agitation große Dienste leisten, wenn sie an ihre Hausbewohnerinnen, die noch Leserinnen der bürgerlichen Sensationspresse sind, herantreten und sie als neue Leserinnen des „Vorwärts“ gewinnen. Genossinnen, Leserinnen des „Vorwärts“!

Gebt den „Vorwärts“ auch Euren Nachbarinnen

und macht ihnen klar, daß in die Wohnung des arbeitenden Volkes nicht die im Dienste des Kapitalismus stehende bürgerliche Zeitung, sondern das Blatt der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, gehört.

Groß-Berlin Berliner Schulleid.

Gebt die Schulhäuser den Schulen zurück!

Für die Berliner 175 Gemeindeschule in der Butluser Straße richtete die Lehrerkammer durch ihren Geschäftsführer Lehrer Frauendienst an die Presse einen Notruf, um hinzuweisen auf die seit der Kriegszeit bis heute fortwährenden Erleichterungen des Unterrichts, von denen diese Schule immer wieder bedrängt worden ist. In einer von dort übersandten Zusammenstellung wird folgendes ausgeführt:

Die 175. Schule mußte vom 6. bis 31. März 1917 wegen Kohlenmangels die Räume der 198. Schule (Graunstraße) mitbenutzen. Vom 24. bis 31. Oktober 1918 war sie wegen Grippe geschlossen. Im November 1918 kosteten ihre Räume mit Militär belegt werden, darum zog sie wieder nach dem Haus der 198. Schule um. Dort wurden Kurztunden gegeben, teils vor- und teils nachmittags. Wegen Kohlenmangels mußte vom 3. bis 20. Januar 1920 der Unterricht wieder ganz ruhen. Die Besetzung des Schulhauses in der Butluser Straße mit Militär unterließ, aber später wurden Bureaus der Erwerbslosenfürsorge dort einquartiert. Erst am 20. Juni 1919 konnte die 175. Schule in ihr eigenes Heim zurückkehren. Jetzt mußte sie aber ihre Räume von der in demselben Doppel-Schulhaus untergebrachten 167. Schule mitbenutzen lassen. Wieder wurde vor- und nachmittags in Kurztunden unterrichtet. Vom 30. Oktober bis 30. November fiel wieder mal der Unterricht wegen Kohlenmangels aus. Wegen erneuten Kohlenmangels mußten die am 20. Dezember 1919 beginnenden Weihnachtsferien bis zum 20. Januar 1920 dauern. Am 18. September 1920 protestierten die Elternbeiräte gegen den Nachmittagsunterricht. Der Unterricht wurde jetzt auf die Vormittage beschränkt. Dafür konnten aber fortan die Schulen 175 und 167 jede nur an drei Tagen der Woche Unterricht haben. Zum Schluß weist die Lehrerkammer darauf hin, daß in der 175. Schule zwei Mädchen an Tripper erkrankt sind und daß Verdacht des Trippers bei zwei anderen besteht. Sie führt die Erkrankungen darauf zurück, daß die Erwerbslosen die Schulklosetts mitbenutzen.

Wir glauben, daß es ein Leichtes wäre, noch aus verschiedenen anderen Schulen eine ähnliche lange Liste der Leiden zusammenzustellen. Kohlennot und Grippeepidemie haben fast überall den Schulbetrieb gestört, und auch Einquartierung von Militär oder später von Bureaus der Erwerbslosenfürsorge haben noch manche Schule bedrängt. Es ist höchste Zeit, daß in unseren Gemeindeschulen die Ordnung wieder hergestellt wird.

Der Lasterkeller am Waterloo-Ufer.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es nach großen Schwierigkeiten und langdauernden Beobachtungen gelungen, einer Stätte berüchtigter Laster auf die Spur zu kommen und das ganze Nest mit seinen lichtschauen Bewohnern auszugraben.

Das Ziel dieser Besuche war ein Keller am Waterloo-Ufer, der am Hofe unter einem Seitenflügel des Gebäudes lag. Als sein Mieter wurde ein 41 Jahre alter, aus Stargard in Pommern gebürtiger Kölner Wirt Bedmann festgestellt. In den Keller führt vom Hofe aus eine Treppe in einen langen, dunklen Flur, an dem rechts die einzelnen Verschläge der Mieter des Hauses liegen. Der Flur läuft aus in eine Küche und einen größeren Raum. Beide erhitzen nur durch Oberflächeneinso spärliche Beheizung, daß nur die Küche und der vordere Teil des großen Raumes etwas erhellt sind, während dessen hinterer Teil im Dunkeln liegt. Die Aufgaben des verächtlichen Händlers und die Beobachtungen bestimmten die Beamten, die Küche und den anderen Raum einmal zu durchsuchen. Sie trafen zwölf Personen, Frauen und Männer, an, die zum Teil ziemlich heruntergekommen und verwehrt ausahen. Das gleiche Bild der Verwahrlosung boten die Räume, die mit einem Sofa, einem Tisch, einigen Stühlen, einem Bett und mehreren Schränken dürftig ausgestattet waren. Überall starrte es vor Schmutz und Ungeheuer. In einer Ecke neben dem Bett lag ein Haufen von Paketen, die zum Teil geöffnet, zum Teil noch verschlossen waren, in einem solchen Schmutz, daß die Beamten sich zunächst nur mit ihren Schuhen herantrauten. Die Öffnung der Pakete hatte dann ein überraschendes Ergebnis. Sie enthielten alles mögliche, Kleidungsstücke, Schmuckgegenstände aller Art, auch Lebensmittel, die zum Teil schon verfault waren. Man glaubte zunächst, ein großes Hehlernest entdeckt zu haben. Die zwölf Personen, mit ihnen der Kellerwirt Bedmann, wurden mit einem Besahnt nach dem Polizeipräsidium gebracht und hier einzeln verhört. Unter diesen wurden auch die beiden Räume gründlich durchsucht und jetzt fand man in den Schränken eine große Menge kleiner Schächtelchen, die Kokain enthielten.

Verhöre und Ortsbesuche stellten fest, daß man es in der Hauptsache nicht mit einem Hehlernest, sondern mit einer Lasterhöhle der allerhöchsten Art zu tun hatte. Bedmann, der früher in der „Klotte“, einem Lokal in der Flottwellstraße, in dem besonders Leute mit gewissen Reizungen verkehrten, als Kellerwirt beschäftigt war, war seit sieben Jahren Mieter der beiden Kellerräume, vertrieb seit zwei Jahren von dort aus Kokain und dufdete zugleich in seinen Räumen wäke Ausstellungen in Kokaingenug. Das Kokain, das er sich auf noch nicht geklärten Wege in großer Menge zu verschaffen wußte, ließ er in dem Keller von jungen Burken in Schächtelchen verpacken und dann in Lokalen an die Gäste verteilen.

Ein Mordgeständnis.

Aufklärung des Raubmordes in der Linienstraße.

Am 23. September 1920 wurde in der Linienstraße 73 der 70 Jahre alte Geldverleiher Rudolf Engelmann in seiner Wohnung ermordet und beraubt. Als Täter und Mithelfer wurden jetzt verhaftet: der 23 Jahre alte aus Berlin gebürtige Maschinist Georg Hauke, dessen 24 Jahre alte aus Schabendorf bei Hofe stammende Ehefrau Emma, beide in der Grenadierstraße 17 wohnhaft und eine 43 Jahre alte Händlerin Franziska Schulz aus der Räderstraße 7, die ein Lebensmittelgeschäft betrieb, Walter Diezgang, der von dem geständigen Ehepaar Hauke als der Haupttäter bezeichnet wird.

Nach im Laufe der Nacht legte zunächst Frau Hauke und dann auch ihr Mann ein Geständnis ab. Frau Schulz dagegen bestritt auch heute noch jede Beteiligung an dem Verbrechen, auch jede Mithelferschaft. Nach dem Geständnis der Frau Hauke ist Frau Schulz, deren Ehemann mit der Frau des ermordeten Engelmann zusammenlebte, schwer belästet. Sie soll den Mord an aufgebracht und auf Engelmann aufzureden gemacht haben. Die Frau Hauke soll, sagte sie bei Frau Schulz ihre Lebensmittel ein und wurde so mit ihr bekannt. Sie sagte ihr über, daß es ihr schlecht gehe. Frau Schulz erwiderte darauf eines Tages, in der heutigen Zeit müsse man das anders machen, um zu Geld zu kommen. Man müsse

einen Mann mit Geld vor den Kopf schlagen,

wenn man nur erst den richtigen Mann dazu an der Hand hätte. Dieser Gedanke wurde nun in der Unterhaltung wiederholt berührt. Endlich nahm er feste Gestalt an, als Frau Hauke ihn zu Hause dem Stiefmutter Diezgang unterbreitete, der unangenehm bei ihr wohnte. Frau Schulz wußte bei Engelmann genau Bescheid, weil dieser ihre Scheidungsbilanz bearbeitete. Sie gab die erforderlichen Aufklärungen über die Lage der Räume und die Gesellschafter Engelmanns. Hiernach richtete sich Diezgang bei der Ausführung des Verbrechens. Er nahm aus der Hauslichen Wohnung einen Hammer mit und besuchte mit Frau Hauke den alten Geldverleiher und Wirtskontrollanten, während Hauke auf der Straße blieb. Durch eine vorgetriebene Klinkentafel veranlaßte er Engelmann, sich an den Schreibtisch zu setzen und sich Kokain zu machen. Während er dann seinen Hammer und verstaute dem Wohnungstüren einen Schlag auf den Kopf. Der Hammer lag vom Stiel; Engelmann sprang auf und setzte sich zur Wehr. Im Kampfe verlor Diezgang, ihm einen Knebel in den Mund zu bringen. Als das nicht gelingen wollte, gab er den Knebel der Frau Hauke, die neben ihm stand, ergriff das Messer, das auf dem Schreibtisch lag und schlug Engelmann den Hals ab. Dann nahm er dem Toten den Schlüssel aus der Tasche, schloß den Schreibtisch auf, durchdrachte ihn, fand darin aber statt der erwarteten 60 000 M. nur 600 M.

Soweit das Geständnis der Frau Hauke, deren Mann keine Beteiligung ebenfalls zugibt. Frau Schulz leugnet alles, was die Beiden von ihr behaupten. Diezgang ist flehlig und soll sich für die Fremdenlegion haben anwerben lassen.

Die Obfichter bengen vor. Die Wirtskontrollanten scheinen sehr früh in diesem Jahre blühen zu wollen, und das bekanntlich schon mit dem ersten Verkauf des blühenden Wirtskontrollanten der Wucher in unserer benachbarten Obfichter einsetzt, wollen die Obfichter schon jetzt für eventuelle Fälle jede Schuld von sich abwägen. In der letzten in Koput vom Bund deutscher Obfichter einberufenen Versammlung treten die Obfichter für den nenossenschaftlichen Verkauf des Obficht ein, damit den Verbrüchern, hauptsächlich den Berliner, auf einfachem Wege ohne Mittelspersonen das Obficht geliefert werden könne. Dem Vorwurf des Obfichters müßten die Jüchter schon jetzt entgegenzutreten. Nicht die Jüchter, sondern die Reizglieder zwischen Erzeuger und Konsument hätten die hohen Preise im vergangenen Jahre geschaffen.

Befichtigung bei der Konsumgenossenschaft. Eine Befichtigung ihrer Betriebsanlagen in Richtenberg veranstaltet die Konsumgenossenschaft am nächsten Sonntag, den 27. Februar d. J. und zwar um 8½ Uhr für die 1. Abteilung (Wobbit); 9½ Uhr für die 4. Abteilung (Schönhauser Vorstadt); 10½ Uhr für die 3. Abteilung (Weddina); 11½ Uhr für die 2. Abteilung (nördliche Barerrie). Um zahlreiche Beteiligung und pünktliches Erscheinen wird gebeten. Wir können eine Befichtigung der oben erwähnten Anlagen, die sich die Groß-Berliner Arbeiterchaft in jahrzehntelanger mühsamer Arbeit errichtet hat, nur dringend empfehlen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 23. Februar:

11. Ubr. 7 Uhr. Zahlabend in den bekannten Lokalen.

Morgen, Donnerstag, den 24. Februar:

11. Ubr. Charlottenburg. Die Gruppenleiter werden gebeten, die Parteigruppen von der R. R. Kollertbaum, am Donnerstag, den 24. Februar, abholen und dann verteilen zu lassen.

